„Der Courier"
Organ der deutschsprechenden Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der
"WESTERN PRINTERS ASSOCIATION, LIMITED"
J. W. Ehmann, Geschäftsführender Direktor.
Bernhard Bott, Chefredakteur.
Geschäftslokal: 1835—1837 Halifax Straße, Regina, Sask.
Mittwochsausgabe 24 Seiten stark.

"DER COURIER"
The Organ of the German-speaking settler of the West
MEMBERS OF A.B.C.

Printed and published every Wednesday by THE WESTERN PRINTERS ASS'N, LTD., a joint stock company, at its office and place of business, 1835 Halifax Street, Regina, Sask., Can.
All stock owned by the readers of the paper.
J. W. EHMANN, *Managing Director.*
(Advertising Rates upon application)

Canada und der deutsche Kunde

Unter der Ueberschrift „Amerikanischer Weizen für Deutschland" befaßt sich die „Manitoba Free Preß" in Winnipeg mit dieser auch für Canada äußerst wichtigen Angelegenheit, da der canadische Weizenhandel wahrscheinlich der Leidtragende sein würde. Nachdem wir bereits im letzten „Courier" eine diesbezügliche Berliner Meldung gebracht haben, dürfte unsere Leser auch der Standpunkt der „Manitoba Free Preß" interessieren. Das Winnipeger Blatt schreibt:

„Der kürzlich von Präsident Hoover gemachte Vorschlag, Weizen der amerikanischen Farmbehörde gegen langfristigen Kredit an die deutsche Regierung zu verkaufen, wird gegenwärtig von den Regierungen beider Länder in Erwägung gezogen und von den Exporteuren des canadischen Weizens nicht begrüßt werden. Deutschland ist einer der besten Weizenkunden Canadas in den letzten Jahren gewesen und hat im letzten Jahr noch die Hauptmenge seines Einfuhrweizens von unserer Dominion gekauft.

„Es wird behauptet, daß ein Rückgang in den Lagerbeständen der amerikanischen Farmbehörde viel dazu beigetragen würde, das Vertrauen in den Weizenmarkt wiederherzustellen, und daß der Verkauf einer größeren Weizenmenge an Deutschland den Druck vermindern werde, der auf dem internationalen Markte infolge der großen Lagerbestände in den auf Ueberschuß produzierenden Ländern laste. Die canadischen Exporteure stimmen dieser Ansicht nicht zu, da sie der Auffassung sind, daß dieses Geschäft nur einfach die Uebertragung eines Teiles der Last von einer Stelle zur anderen bedeuten würde. Statt daß die amerikanische Farmbehörde den Weizen zu Verkauf hätte, würde Deutschland einen unerwünschten Weizenüberschuß haben, wenn nicht die Menge auf den tatsächlichen deutschen Bedarf außer der einheimischen Produktion beschränkt wird. Auf jeden Fall würde der canadische Weizen ausgeschlossen werden und müßte ein neuer Markt für die Weizenvorräte, die sonst wie üblich an Deutschland abgesetzt wurden, gefunden werden.

„Die Weizenerzeugung in Deutschland betrug in den fünf Erntejahren 1925-26 bis 1929-30 im jährlichen Durchschnitt 114,000,000 Buschel, während die Nettoeinfuhr — die Differenz zwischen Einfuhr und Ausfuhr — für die nämlichen Jahre sich auf durchschnittlich 73 Millionen Buschel belief, sodaß mithin in der genannten Periode der durchschnittliche Inland-Weizenverbrauch Deutschlands 192 Millionen Buschel im Jahre betrug. Die diesjährige deutsche Weizenernte ergibt nach amtlicher Schätzung 168 Millionen Buschel, sodaß mithin in den nächsten 12 Monaten bis zum 31. Juli 1932 ein Einfuhrbedarf von 25 Millionen Buschel vorhanden wäre. Wenn die amerikanische Farmbehörde diese Menge an Deutschland verkaufen sollte, würde dies an der internationalen Marktlage wenig ändern; während der Verlust für die canadischen Exporteure beträchtlich wäre.

„Deutschland wird in dieser Saison wahrscheinlich zu einem Weizenexporteur werden, ganz gleich ob das Geschäft mit der Regierung der Vereinigten Staaten abgeschlossen wird, und zwar nach einem Plan, der die Einfuhr fremden Weizens in gleichen Mengen wie bei der Ausfuhr deutschen Weizens zu einem sehr niedrigen Zolltarif gestattet. Kürzliche Notierungen zeigen daß einheimischer deutscher Weizen an der Liverpooler Börse zu fast 2 Cents weniger als „No. 3 Northern" von Canada angeboten wurde. Daraus ist zu ersehen, daß der Verkauf einer großen Weizenmenge der amerikanischen Farmbehörde an Deutschland nicht nur ein wesentliches Absatzgebiet für den canadischen Weizen abschneiden, sondern auch den Wettbewerb auf jenen Märkten verschärfen würde, auf denen Canada größere Mengen zu verkaufen sich bemühen würde, um den Verlust seines deutschen Handels wettzumachen."

Mit diesen Ausführungen bestätigt die „Manitoba Free Preß" nur das, was „Der Courier" schon vor Jahr und Tag nachdrücklich vertreten hat, daß nämlich Canada sich weit mehr als bisher eine kluge und zielbewußte Pflege seiner Handelsbeziehungen mit Deutschland wie mit anderen europäischen Ländern annehmen sollte. Natürlich hat die einseitige Hochschutzzollpolitik der gegenwärtigen canadischen Regierung, die auf eine Selbstversorgung der canadischen Wirtschaft mit den Industrieerzeugnissen des eigenen Landes zum Besten der Fabrikanten des canadischen Ostens eingestellt ist, eine so weitschauende Handelspolitik vereitelt, letzten Endes zum Schaden und Leidwesen unserer Farmer, die die Zeche bezahlen müssen. Heute steht Canada da wie der bekannte Lohgerber, dem die Felle davonschwimmen.

Die deutsche Regierung muß infolge der ernsten Finanzkrise selbstverständlich darauf bedacht sein, die eigene notleidende Landwirtschaft gegen die Auslandskonkurrenz zu schützen, die notwendige Weizeneinfuhr gegen langfristige Kredite zu tätigen und schließlich auch den eigenen deutschen Ausfuhrhandel auf jedem Gebiete, selbst auf dem des Weizens, zu fördern. Auch hier tritt wieder der alte Kreislauf zu Tage: die durch den Versailler Vertrag erzwungenen deutschen Reparationszahlungen verursachen die deutsche Finanzkatastrophe — diese schwere Krise zwingt die deutsche Regierung zu energischen Maßnahmen auf dem Finanz- und Handelsgebiet, auch auf dem des Außenhandels — die Folgen davon sind ungünstige Auswirkungen in anderen Ländern, die auf Deutschland als Absatzgebiet besonderen Wert legen — die unmittelbaren Leidtragenden aber sind schließlich die Produzenten, in unserem Falle also die canadischen Farmer.

„Europa schleppt eine Leiche mit sich ..."

Kürzlich hielt sich der amerikanische Senator Shipstead, einer der bekanntesten Vorkämpfer gegen den Kriegsschuld-Paragraphen, in Berlin auf. Während seines Aufenthaltes in der deutschen Reichshauptstadt weigerte er sich entschieden, sich über den Zweck seiner Reise der Oeffentlichkeit gegenüber zu äußern. Nur einem norwegischen Journalisten gegenüber hat Shipstead, dessen Familie norwegischer Abstammung ist, eine Ausnahme gemacht. Diesem Interview entnehmen wir aus reichsdeutschen Blättern folgende mannhaften und den Nagel auf den Kopf treffenden Ausführungen des Senators:

„... Soviel kann ich sagen, daß ich die europäischen Verhältnisse viel schlimmer gefunden habe als wir es in Amerika ahnen. Das kann mit einer Katastrophe enden, wenn nicht bald Abhilfe gefunden wird. ... Europa schleppt eine Leiche mit sich, den Vertrag von Versailles. Amerika, Frankreich und England haben unrichtig gehandelt. In der alten Zeit strafte man hier und da die Mörder, indem man sie die Leiche auf dem Rücken schleppen ließ, bis die Träger zusammenbrachen. Unter dieser Strafe leiden wir alle insgesamt. Die Leichen sind die wirtschaftlichen Folgen des Friedens. ... Wir müssen alle mithelfen, eine Katastrophe in Europa zu vermeiden. Aber damit, daß wir Europa Anleihen geben, ist es nicht getan. Das ist ungefähr so, wie wenn ein Mann in einer Wassertonne ertrinkt und man hilft ihm, indem man ihn vorübergehend an die Luft zieht, aber gleichzeitig mehr Wasser in die Tonne füllt. Die Anleihen erhöhen nur die Schulden. Und es sind gerade die Weltschulden, die uns alle ruiniert haben. Alle Länder schulden allen anderen Ländern Geld! Es ist so, wie in alten Zeiten mit der Pest. Man hielt sie für eine Strafe Gottes und wußte nur nicht, daß man die ganze Pest hätte vermeiden können, wenn man beizeiten die Wasserversorgung verbessert hätte. Und das ist jetzt unsere Aufgabe. Man muß der Welt frisches Wasser verschaffen, indem man alles, was zu Verfall und Depression führt, schleunigst ausmerzt ..."

Weltumschau

Um die Beseitigung der Reparationen. Deutschland möchte die Reparationszahlungen, die nächsten Juli am Ende des Hoover Moratoriums wieder aufgenommen werden müssen, nach unten revidieren oder am liebsten ganz abschaffen. Angeblich gedenkt die deutsche Regierung eine neue Wirtschaftspolitik einzuleiten, durch welche die Welt davon überzeugt werden soll, daß die Reparationszahlungen einer neuen Betrachtung unterzogen werden müssen. Es wird jedoch befürchtet, daß eine derartige Politik im Auslande feindselig aufgenommen wird.

Deutschland sah sich seit Kriegsschluß im Jahre 1918 ständig gezwungen, viel Geld zu borgen, um die Reparationszahlungen leisten zu können. Die gegenwärtige finanzielle Schwäche des deutschen Volkes wird hauptsächlich auf diese Tatsache zurückgeführt.

Die Frage einer Neuregelung der Reparationsfrage ist natürlich eng verbunden mit den Vorschlägen für eine Reduzierung der verschiedenen Kriegsschulden an die Ver. Staaten, die im Allgemeinen mit den Summen bezahlt werden, die von Deutschland als Reparationszahlungen an die einzelnen Länder gehen. Man befürchtet daher, daß Washington sich kaum dazu bereit erklären wird, einen Plan zu einer deutschen Beschränkung der Reparationszahlungen oder gar zu einer gänzlichen Abschaffung derselben gutzuheißen, besonders angesichts der Tatsache, daß Präsident Hoovers Verwaltung mit dem Hilfsangebot an Deutschland vorangung.

Die neue Politik zielt auch auf die Nichtbezahlung ausländischer kurzfristiger Kredite am Fälligkeitstage hin. Als die wichtigste und ernstlichste Phase dieser neuen Politik wird die Tatsache betrachtet, daß es notwendig sein wird, die Ausfuhr gewaltig zu steigern.

Reichskanzler Brüning sieht sich angeblich der Notwendigkeit gegenüber, entsprechende Maßnahmen einzuleiten, um die Welt davon zu überzeugen, daß die deutschen Reparationszahlungen verringert oder abgeschafft werden müssen.

Deutsche Friedensphantasien. Als gewaltiges „Friedensdonnerwetter" hatten sich in Stettin 100,000 Reichsbanner-Leute u. zahllose Bürger versammelt und jubelten den Rednern zu, die für die Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland und für internationale Verständigung eintraten. Es war der letzte Tag der Jahresversammlung des Reichsbanners des Oberrheinlandes. Ebenso eindrucksvoll wie der Inhalt der Reden war der als Schluß des Programms stattfindende Demonstrationszug, der durchsetzt mit Musikkapellen und wehenden Fahnen, in den Farben Schwarz-Rot-Gold, sich mehrere Meilen hinzog.

Die Reichsbannerleute feierten den 12. Jahrestag der Gründung der Republik Deutschland. Die Feier begann mit einer Kranzniederlegung des Generals von Deimling am Kreuz für die Gefallenen von Coblenz auf dem Gedächtnisstreifen. „Es ist Torheit, an Krieg zu denken", sagte der General, „wenn die technische Wissenschaft es möglich machen, die Menschen wie Ratten zu vertilgen." Mit einer Wendung gegen Frankreich sagte er: „Französischen Kameraden, strecke an die Hand zur gemeinsamen Arbeit für Verständigung und Frieden zwischen unseren beiden Völkern entgegen."

In einer gut besuchten Versammlung in der Konzerthalle machte Karl Severing, der preußische Innenminister, der bei den Sozialdemokraten Deutschlands den Beinamen „Der tätige Severing" wegen seiner Arbeit bei der Organisierung der preußischen Landespolizei führt, folgende Prophezeiung: „Wenn eine unnatürliche Koalition in Preußen heute die Stimme des Volkes haben könnte, würde sie nicht zusammenhalten können. Das Schlimmste was Preußen passieren könnte, wäre eine schwache Regierung, statt einer starken. Unsere große Friedensarmee (das Reichsbanner) hat in Deutschland 3,000,000 Mitglieder; sie wird der Welt zeigen, daß es unendlich mehr Leute in Deutschland gibt, die nach dem Frieden rufen, als die nach Rache. Es ist unsere Ueberzeugung, daß die beste Art, die deutschen Grenzen zu verteidigen, nicht eine Stahlhelm-Organisation, sondern der Wille zum Frieden ist. Wir werden den Idealismus niemals aufgeben, komme was kommen mag."

Fünfzehn Verbände, denen insgesamt 2,000,000 Franzosen angehören, schickten ein gemeinsames Telegramm an die „Reichsbanner" Organisation, in dem der Wunsch nach Frieden und deutsch-französischer Freundschaft ausgesprochen wird. Das Telegramm ist von verschiedenen Kriegerverbänden, die den Völkerbund unterstützen, Verbänden von Veteranen und Kriegsbeschädigten, demokratischen Vereinen und Universitäts-Vereinigungen unterzeichnet.

Erleichterung der deutschen Preßzensur. Präsident von Hindenburg erließ eine neue Notverordnung, die eine Milderung der kürzlich erlassenen Presseverordnungen enthält. Eine Anordnung der preußischen Regierung, durch welche alle Zeitungen des Landes gezwungen wurden, einen Nachlaufbrief des preußischen Kabinetts vor der Volksabstimmung über die Auflösung des preußischen Landtages zu veröffentlichen, war als Eingriff in die Bürgerfreiheit scharf kritisiert worden.

Die neue Verordnung, die von Hindenburg dem Reichskabinett unterbreitet wurde, sieht vor, daß amtliche Erklärungen dieser Art durch den Gerichtsvollzieher durch den Reichsinnenminister unterlegen, und daß die übliche Anzeigengebühr für solche zu bezahlen ist, sofern sie nicht als 500 Worte umfassen.

Ferner sieht der neue Erlaß Gelegenheit zur Berufung gegen Suspendierung von Zeitungen vor, die Mitteilungsunterlagen veröffentlichten, die von den Behörden als aufreizend betrachtet wurden. Weitere Milderungen der Pressezensurbestimmungen, in der Kabinettssitzung erörtert, aber nicht angeordnet, da die Mitglieder im Hinblick auf Nachforderungen und Gegenleistungen dies in der gegenwärtigen Zeit als nicht tunlich erachteten.

Revolutionsversuch auf Kuba. Der provisorische Präsident Machado hielt vom Balkon seines Militärhauptquartiers bekannt geben, daß er einen Erlaß unterzeichnet hat, durch welchen das Kriegsrecht in der Provinz Havanna verhängt wird. Er habe unter Eingang, auch in der habanischen Provinz Pinar del Rio, das Kriegsrecht zu erklären. In Pinar del Rio sind sieben politische Gegner Machados verhaftet worden.

Der Anlaß für diese Maßnahmen war der Ausruf der lange erwarteten Revolution auf Kuba. Die gekommen, aber schon wieder vorbei zu sein scheint. In Wahrheit kann es nur in Havanna. Die Polizei erforschte sich in Verfolg einer Verhaftung Havannas, ihren Weg in das Haus Arturo Pino-Ibanez und fand dort Pino und einen Unbekannten erschossen vor. In dem Hause fand man ferner zwei schwer verwundete Frauen, sieben oder mehr angeschossene Polizisten — zwei von ihnen schwer verwundet — und einen angeschossenen Gefangenen. Ein ebenfalls angeschossener Tarrenbeter entwichen.

Zwölfe, Senator und Gustavus Menocal, drei Brüder des früheren kubanischen Präsidenten Mario G. Menocal, sowie andere hervorragende Oppositionsführer wurden vom Sondergerichtshof verurteilt, nach bezeugt sie nach Pinar del Rio zu bringen, wo, den Ermittlungen der Polizei zufolge, die Revolution hätte in Gang gebracht werden sollen.

Gandhi und die Judenkonferenz. Eine große Judenversammlung bestehend aus Eingeborenen in Bombay war zu Tränen gerührt, als Mahatma Gandhi, der Hindu-Führer, in einer Ansprache seinen Entschluß, an der Londoner Konferenz teilzunehmen, eingehend begründete. Seine Stimme zitterte vor tiefer innerer Rührung, und gelegentlich machte er seine Rede unterbrechen. Fortfahrend sagte er, sein Entschluß, an der Londoner Konferenz teilzunehmen, sei dem, daß die Probleme der indischen Kommunalverwaltung zunächst gelöst würden, bei dem der britischen und amerikanischen Presse als ein Versuch, vor dem Delhi Pakt zurückzutreten, ausgelegt worden. Unter den Bedingungen jenes Paktes habe er feierlich sein Wort gegeben, sich nach London zu begeben, jedoch sei seinem eine gewisse Stimmung für die Reise zu schaffen. Mit Betonung sagte er:

„Vor allem muß ich die Versicherung haben, daß die indische Landbevölkerung während meiner Abwesenheit unter den Händen der Regierung nicht zu leiden hat. Zweitens verlange ich Gewißheit, daß die Regierung alle Bedingungen des Delhi-Waffenstillstands erfüllen wird, und drittens möchte ich die Ueberzeugung gewinnen, daß unter den verschiedenen Rassen im Lande während meiner Abwesenheit Friede herrschen wird. Die höchsten Regierungsbeamten haben mir eine volle Erfüllung des Delhi-Paktes zugesichert, nur müssen aber bestimmte Zeiten nach jener Richtung hin haben und nicht nur Worte. Meine Unentschlossenheit, nach London zu reisen, bedeutet nicht, daß ich auch nur einen Augenblick daran dachte, daß Indien in Trümmer fallen wird, wenn ich das Land verlasse. Ich bin nicht so naiv oder eingebildet, etwas derartiges zu denken. Als Urheber der Bewegung des bürgerlichen Ungehorsams hatte ich mich für verpflichtet, das dem Landvolk in meiner Abwesenheit gegebene Versprechen verpflichtet. Ich muß daran denken, daß ihre Interessen gewahrt sind."

Die erwähnten Bemerkungen unter den Juden tödlich bezeichnete er als eine schmachvolle Sache. Er empfinde ebenso wie Jude für den Moslem wie für den Hindu. Er bitte aber von beiden Seiten aufgerufen werden und er bitte Gott um nötige Stärke, auch das Hindernis zu lösen.

Während Gandhi seine ernste Bewegung zu unterbrechen suchte, wurde die riesige Versammlung laut zu Tränen gerührt. Gandhi schlug seine Rede mit den Worten: „Wir können nur Selbstverwaltung erringen, wenn wir zusammenarbeiten."

Die neue, ihm aufgetragenen Verhandlungen für eine Beteiligung an der Londoner Konferenz und derzeit unter Eingangung zwischen Bombay und England.

Ein Warnungsruf Mussolinis

Die Pariser „Jeunesse" (Die Jugend) veröffentlicht einen Bericht Mussolinis. Der Bericht des italienischen Ministerpräsidenten nach beginnt sich Europa in der denkbar ernstesten Gefahr, sich zu befinden.

„Es ist meine Pflicht, dazu zu warnen, daß die Interessen der Menschheit auf Spiel liegen, daß wenn ein neuer Schatten des Elends und der Entbehrungen für Europa hereinkommen sollte, ein großer Teil davon heimgesucht zu werden droht. Es ist der Wand erschienen, sichtbar und deutliche Schriftzeichen. Jetzt ist die Stunde gekommen, in Handeln und diesen Gefahr anzuhalten. Sonst andere Spekulationen werden verfehlt. Jugoslavien, einen deutschen Zusammenbruch und zu bestreiten, dessen Nachwirkung sich bis zu den Vereinigten Staaten ausdehnen würde. Die Erregung und das Elend sind ausgesprochene Bestandteilen für das Bestehen des Kommunismus. Wenn es einmal gelungen sein sollte, die Westwelt zu unterwerfen und das Mittelland zu erobern, dann wenn ausgedehnte und eine ausbrechende Frucht in Europa und der ganzen Welt verbreitet würde. Man darf keine Zeit mehr verlieren. Es ist jetzt notwendig, die Heilmittel anzuwenden, ehe die ein Eingreifen zu spät kommt und ehe das der Patient in den Todeskampf eintreten müßte. Der Gewerkschaftsrichtung hat den Weg freigemacht. Sobald er zur Anwendung gebracht dem muß die zweite Maßnahme, diesmal politischer Art, ergriffen werden, um der Welt einen Friedensgedanken zum mindestens seine Nahrung zu sichern.

„Kurzlich ist gut keinem Abrüstungsplan vorzusagen, um seinen wirtschaftlichen Wiederaufbau zu ermöglichen. Der wirtige Weg wird deshalb um machen, wenn erst ein gemeinsamer Friede hergestellt sein wird. Was dagegen Deutschland für vor dem 2. Februar 1932 nach Genf einberufene Abrüstungskonferenz von der dringlichen Bedeutung. Nicht nur das Leben des Volkes, sondern die Gesamtheit der Menschheit hängt auf dem Spiel. Man muß einen durchgreifenden Beschluß mit einem aufrichtigen und gottesfürchtigen Willen verbinden, damit diese notwendig nicht eine Mißerfolg wird. Denn wenn sie scheitern sollte, so bedeute das nur das Beginnen zur Katastrophe sein. Das Jahr 1932 wird über das gute oder schlechte Schicksal Europas entschieden. Wir haben einer unerhörten Wahl gegenüber: Entweder Erneuerung oder Vernichtung unserer Zivilisation."

Schmerzlich das einmal verscheiden
Treuer Blick in Menschenaugen,
Schwerer noch doch meist bedeuten,
Wenn zu treuen mit wem zu scheiden.

Hooverplan und Youngplan im Einklang

Abkommen der Finanzsachverständigen der Großmächte in London unterzeichnet

London. — Nach dreiwöchigen Beratungen der Finanzsachleute der interessierten Nationen ist Präsident Hoovers Plan für ein einjähriges Moratorium für die Kriegsschulden und Reparationen fest mit den Bestimmungen des Young-Plans in Einklang gebracht worden. Das von den Sachverständigen im Ministersaal des Auswärtigen Amtes unterzeichnete Protokoll sieht vor, daß die ausgesetzten Zahlungen in zehn gleichen Jahresraten über eine Zeitperiode vom 1. Juli 1933 bis zum 1. Juli 1943 nachgezahlt werden sollen; in anderen Worten, zwischen dem Ablauf des Reparations-Feierjahrs und der Wiederaufnahme der Reparationszahlungen soll ein Jahr verstreichen.

In dem Protokoll ist ferner vorgesehen, daß die ausgesetzten Reparationszahlungen mit 3 Prozent verzinst werden und „absolute Verpflichtungen ohne Aufschubrecht bleiben."

Der Sachverständigen-Bericht erklärt, daß es viel besser sein würde, wenn das Verfahren der Rückzahlung der aufgeschobenen Zahlungen einfach so gestaltet werden könnte, daß die 1931 fälligen Summen 1932, die 1932 fälligen Summen 1933 und so fort gezahlt werden könnten.

Der Bericht stellt jedoch fest, daß „in dem amerikanisch-französ. Uebereinkommen vom 6. Juli 1931 eine andere Methode verabredet worden sei, und daß angesichts der Wichtigkeit, ohne Verzögerung ein Abkommen zu erzielen, die an dem amerikanisch-französ. Abkommen nicht beteiligten Nationen übereinkommen seien, die in jenem Abkommen vorgeschlagene Methode anzunehmen."

Andere wichtige Punkte des Protokolls sind:

1. Die ungesichtzten Zahlungen unter dem Young-Plan sind bei der Bank für internationalen Zahlungsausgleich einzuzahlen und zwar mit der Bedingung, daß sie sofort an die Reichseisenbahnen als Darleben zurückgegeben wird.

2. Die für den Zinsen- und Tilgungsdienst der Dawes-Anleihe von 1924 u. der 5½prozentigen Young-Anleihe von 1930 erforderlichen Summen sollen unverändert weitergezahlt werden.

3. Die Annuitäten zur Bezahlung der suspendierten Zahlungen sollen in monatlichen Raten am 15. eines jeden Monats abgetragen werden und zwar beginnend mit dem 15. Juli 1933. Diese Zahlungen sollen jährlich 117,831,110 Mark betragen.

4. Belgien und Deutschland sind mit Bezug auf die während der deutschen Besatzung in Belgien zurückgelassenen Papiermark zu einem eigenen Abkommen gelangt.

Bricht die russische Zwangswirtschaft zusammen?

(Fortsetzung von Seite 1.)

ausfall jedoch stark beeinträchtigt, so daß kaum der Umfang der vorjährigen Ernte erreicht werden dürfte. Auch im Gebiet der schwarzen Erde herrscht Dürre, während im nördlichen Kaukasus unbeständiges Wetter war, das dem Weizenwachstum ebenfalls Abbruch tat.

Dieser neue Schritt Stalins folgt auf seine kürzlichen Ankündigungen, mit denen nach Ansicht von Beobachtern eine neue Aera in der kommunistischen Geschichte Rußlands eingeleitet wurde. Erst kürzlich wurden die Beschränkungen, denen sich die sogenannte „Intelligenz" gegenüber sah, aufgehoben, und dadurch zum Ausdruck gebracht, daß der Wert der Wissenschaftler und andere Mitglieder dieser Klasse für einen proletarischen Staat anerkannt wird.

Der zweite Schritt war die Gewährung von Amnestie an viele politische Gefangene in ganz Rußland. Davon wurden auch 700 Personen getroffen, die in Holzfällerlagern Zwangsarbeit verrichten mußten.

Die Aufhebung des Rationierungssystems wird dem einzelnen Russen ein größeres Freiheitsgefühl verschaffen, als durch irgend einen anderen Schritt möglich gewesen wäre. Gegenwärtig müssen alle Einwohner der Sowjetunion eine Rationenkarte besitzen, die von den Behörden ausgestellt ist und die zum Empfang entsprechender Mengen Lebensmittel berechtigt. Ordnungs war es außerdem notwendig, sich monatelang anzustellen, um diese Dinge zu erlangen.

Personen mit Geld konnten sich zwar in Läden, die nicht von der Regierung kontrolliert waren, Zusatzmittel verschaffen. Sie mußten dafür jedoch das drei oder vierfache der Regierungspreise bezahlen, sodaß im armen Rußland nur wenige sich dieses Vergnügen leisten konnten. Im Allgemeinen mußte man sich den Merkwürdigkeiten vor den Regierungsläden anstellen, der Karte vorlegen, und dann einen Laib schwarzes Brot, eine Flasche Milch, oder ein Stückchen Fleisch in Empfang nehmen. Beispielsweise war in Rußland — nämlich im Dorfe — nur ein Fleischer.

Deutscher Tag für Manitoba gegen Kriegsschuldlüge

(Fortsetzung von Seite 1.)

nachlin feierte der Polizeichef von Winnipeg an dem deutschen Festzug teilnahmen, welcher der erste war, den Winnipeg jemals erlebt hat. Die Polizisten aus den Straßen salutierten beim Vorbeimarsch der Autos.

Die Hunderttausend im Paradiesgarten war von 40000 bis 50000 Menschen besucht, darunter auch viele deutschsprechende Farmer, und verlief bei prachtvollstem Sommerwetter unter den hohen schattigen Bäumen und am Ufer des Roten Flusses (Red River). Die Leitung lag in den Händen von Herrn Hugo Gerhardt, dem Präsidenten des Deutsch-Canadischen Bundes von Manitoba. Sehr tiefen Eindruck hinterließen die vier Lieder des Massenchores unter Leitung von Herrn Werner Klassen. Es würde den Rahmen dieses Berichtes weit überschreiten, wollte man den Inhalt aller Reden hier wiedergeben.

Herr Konsul Dr. Zeidler hielt eine sehr gedankenreiche und hochbedeutsame Festrede, auf die wir noch zurückkommen werden. Worte herzlicher Begrüßung richteten an die Erschienenen der Premier von Manitoba, Hon. John Bracken, der Führer der Manitoba-Konservativen F. H. Taylor, M.C., der Führer der Manitoba-Liberalen Dr. McKern, der Bürgermeister Webb von Winnipeg, der Kriegsgefangenen in Deutschland gewesen ist und den Deutschen höchstes Lob zollte, der Polizeichef Newton von Winnipeg, Bernhard Bott von Regina als Vertreter des Deutsch-Canadischen Zentralkomitees, Hans Schumacher von Regina als Vertreter des Deutsch-Canadischen Verbandes von Saskatchewan. Herr Hansen verlas Glückwunschtelegramme und Begrüßungsschreiben von Premier R. B. Bennett in Ottawa, von Mackenzie King, dem Bergbaumaschinenkönig in Calgary, dem deutschen Stück „Camrose" in Saskatoon, dem Festausschuß des Deutschen Tages in Edmonton (Herr Gerhardt) und Farmer verlas es.

Folgende Resolution,

die durch Handerheben einstimmig angenommen wurde:

Da das deutsche Volk durch den Versailler Vertrag mit der alleinigen Kriegsschuld belastet ist;

da diese Behauptung von der allerersten Kriegsschuld Deutschlands eine unerträgliche moralische Belastung für das deutsche Volk bedeutet und die Deutschen zu den größten Verbrechern der Weltgeschichte stempelt;

da ferner diese Kriegsschuldlüge den früheren Gegnern Deutschlands die moralische Berechtigung gibt, unerhörte hohe Reparationen aus Deutschland herauszuziehen, die früher oder später zu internationalen Katastrophen führen können;

da andererseits viele Historiker, Gelehrte und Schriftsteller mancher Nationen — unter diesen auch Canadier — nach langen und gründlichen geschichtlichen Studien zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß diese erdichtete Belastung Deutschlands mit der Kriegsschuld nicht den Tatsachen entspricht;

so beschließen wir, treue Bürger Canadas deutscher Herkunft und hier in Winnipeg, am 16. August 1931 zur Feier des „Deutschen Tages" versammelt, daß wir der Ansicht sind, daß internationale Freundschaft und Zusammenarbeit zum gemeinsamen Wohl der Völker erst dann möglich sind, wenn der Versailler Vertrag gemäß den historischen Tatsachen revidiert worden ist.

Der Deutsch-Canadische Bund von Manitoba.

(Diese Resolution wird gleichzeitig in Deutsch an das Auswärtige Amt in Berlin, den „Deutsche Montag" in Berlin, in Winnipeg; in Deutsch und Englisch an das Generalsekretariat des Völkerbundes in Genf und in Englisch an die Premierministerpräsidenten und die Regierung der Provinz Manitoba.)

Erwähnung verdient, daß auch der ungarische Gesandte, von Wiemann, Herr Sztrdnyi, mit seiner Gattin zu den Ehrengästen des Deutschen Tages zählte.

Bei Sport und Spielen vertrieb der übrige Teil des Nachmittags nur zu schnell.

Herzlicher Dank ist allen jenen gesagt, die durch treue und unermüdliche Mitarbeit das glänzende Gelingen des vierten Deutschen Tages für Manitoba ermöglichten, wobei auch nicht die Damen und Herren vergessen seien, die durch lebhafte Beteiligung der Tanzenden den Gästen gesorgt haben.

Wunder, die sich schon öfters ereigneten.

Kaiser Wilhelm I. war auf der Jagd im Harz. Die Strecke des hohen Jagdherrn sollte 28 Stück Wild betragen. Als ihm dies gemeldet wurde, hörte er erstaunt zu und meinte dann in guter Laune: „Ja, ja, es geschehen Dinge zwischen Himmel und Erde, von denen sich unsere Weisheit nichts träumen läßt; ist es nicht ein Wunder, daß ich 28 Stück erlegte, während ich nur 22 Patronen verschossen habe?"

Wir lassen das Glück verderben
Und verlangen, dann jammernd nach
Den ferner schwimmenden Scherben.
Wie schön es war.